



An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Alois Rainer

Bundesminister

Mitglied des Deutschen Bundestages

Hausanschrift Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

Telefon +49 30 18 529 3162

E-Mail L2@bmleh.bund.de

Internet www.bmleh.de

Datum 7. Mai 2026

Ein-Jahres-Bilanz: Vertrauen zurückgewinnen, Höfe stärken, Ernährung sichern

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Jahr nach dem Regierungswechsel zeigt sich ein klarer Politikwechsel: Unter der Führung der Union hat die Agrarpolitik in Deutschland eine neue Richtung eingeschlagen. Dabei ist alles an dem Ziel ausgerichtet, unsere Land- und Ernährungswirtschaft zukunftsfähig zu halten und langfristig zu sichern – damit die Menschen in unserem Land auch weiterhin zuverlässig mit hochwertigen Produkten versorgt werden können.

Angesichts globaler Krisen und fragiler Lieferketten müssen wir in Deutschland der Ernährungs- und Versorgungssicherheit höchste Priorität einräumen. Eine starke heimische Landwirtschaft ist Voraussetzung für Ernährungssicherheit und resiliente Lieferketten. Statt neuer Belastungen stehen deshalb Entlastung, Planungssicherheit und die Stärkung der ländlichen Räume als lebenswerte Heimat im Mittelpunkt. Mit unserer Agrarpolitik sorgen wir für echte Verbesserungen. Wir sind auf einem guten Weg, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Im Mittelpunkt steht dabei, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Seit dem 1. Januar 2026 gilt wieder die vollständige Agrardieselvergütung. Damit werden Wettbewerbsnachteile beseitigt und die Betriebe jährlich um rund 430 Millionen Euro entlastet. Aktuell belasten die hohen Energie- und Düngemittelpreise angesichts der Eskalation im Nahen Osten unsere Branche. Mein Ministerium hat deshalb in dieser Woche zusammen mit der Landwirtschaftlichen

Rentenbank ein Liquiditätshilfe-Programm für akut krisenbetroffene Höfe auf den Weg gebracht. Bereits ab der kommenden Woche ist die Unterstützung über dieses neue Programm zu beantragen.

Auch im Außenhandel setzen wir neue Impulse. Mit der im Dezember 2025 vorgestellten Agrarexportstrategie „Made in Germany“ sollen kaufkraftstarke Märkte besser erschlossen und bestehende Handelshemmnisse abgebaut werden. Dazu gehört auch die gezielte Öffnung und Wiederöffnung von Märkten, die etwa aufgrund von Tierseuchen gesperrt waren. Erste Erfolge gibt es bereits – zum Beispiel mit den USA, Kanada, China oder den Philippinen.

Ein weiterer großer Erfolg ist die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht. Damit wurden Rechtssicherheit und klare, praktikable Regeln geschaffen. So unterstützen wir den Schutz der Weidetierhaltung und sorgen für ein ausgewogenes Miteinander von Natur- und Nutztierhaltung.

Ebenso konsequent bauen wir unnötige Bürokratie ab. Überflüssige Meldepflichten, die von EU-Recht nicht mehr verlangt werden, haben wir abgeschafft. Die Ausweitung der 70-Tage-Regelung bei kurzfristiger Beschäftigung auf 90 Tage beziehungsweise 15 Wochen hilft besonders Sonderkulturbetrieben und schafft mehr Flexibilität in arbeitsintensiven Zeiten.

Bei der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) haben wir von Anfang eine inhaltliche Überarbeitung eingefordert und die Praxistauglichkeit vorangebracht. Der Start wurde verschoben, die Regeln wurden vereinfacht und damit Belastungen deutlich reduziert. Globalen Waldschutz unterstützen wir, aber Regeln müssen praxisnah und verhältnismäßig sein.

Das gilt auch für den Pflanzenschutz. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eine Projektgruppe zur Neuausrichtung der Pflanzenschutzmittelzulassung eingerichtet wurde. Erste Erfolge sind bereits sichtbar: Laufende Verfahren werden nun innerhalb der vorgesehenen 120 Tage abgeschlossen.

Nicht zuletzt haben wir die Zukunft der Tierhaltung im Blick. Sie muss in Deutschland weiterhin erfolgreich möglich sein – und dazu braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Deshalb setzen wir beim Umbau der Tierhaltung auf Investitionen. Zum 1. September 2026 nimmt die GAK die Förderung für besonders tiergerechte Schweineställe wieder auf. Sie schließt zeitlich

nahtlos an das Bundesprogramm „Umbau der Tierhaltung“ an. Gleichzeitig wollen wir genehmigungsrechtliche Hürden beim Stallbau reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Summe zeigt sich: Unsere Politik setzt auf Verlässlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und praktische Lösungen. Sie stärkt die Betriebe, entlastet im Alltag und schafft gute Perspektiven für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft und die ländlichen Räume in Deutschland. Eine detaillierte Übersicht über das bisher gemeinsam Erreichte ist als Anlage beigefügt.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alois Rainer', written in a cursive style.

Alois Rainer, MdB



Ein-Jahres-Bilanz: Vertrauen zurückgewinnen, Ernährung sichern, Höfe stärken

Am 6. Mai 2026 ist die Bundesregierung ein Jahr im Amt und hat in dieser Zeit wichtige Weichen für die Zukunft unseres Landes gestellt.

- Eine zukunftsfähige Land- und Ernährungswirtschaft ist Voraussetzung dafür, dass wir die Menschen in unserem Land gut und sicher versorgen können – heute und morgen.
- Statt neuer Belastungen stehen Entlastung, Planungssicherheit und die Stärkung der ländlichen Räume als lebenswerte Heimat im Mittelpunkt.
- Mit unserer Agrarpolitik sorgen wir für echte Verbesserungen. Wir sind auf einem guten Weg, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Wettbewerbsfähigkeit stärken

- Seit 1. Januar 2026 gilt wieder die **vollständige Agrardieselvergütung**. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe werden dadurch jährlich um rund 430 Millionen Euro entlastet. Das stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die Steuerentlastung wird auch für die dem Gasöl gleichgestellten Kraftstoffe (hydrierte Pflanzenöle, Biodiesel) gewährt.
- Von der **Investitionsoffensive** der Bundesregierung profitiert auch die Agrar- und Ernährungswirtschaft: Strompreispaket, Reduzierung der Netzentgelte, Absenkung der Stromsteuer und Abschaffung der Gasspeicherumlage entlasten unmittelbar.

- Auf die verschärfte Situation durch die Eskalation im **Nahen Osten** mit steigenden Preisen für Diesel, Strom, Dünger und Futtermittel hat die Bundesregierung am 12. April 2026 ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt. Mit dem „**Energiesofortprogramm**“ wird die Mineralölsteuer auf Diesel und Benzin um ca. 17 Cent pro Liter brutto für zwei Monate gesenkt. Diese Maßnahme kommt direkt bei den Menschen und der Wirtschaft an.
- Auch arbeiten wir mit Hochdruck an **weiteren Maßnahmen**, um die Landwirtinnen und Landwirte in der geänderten geopolitischen Situation zu unterstützen.
 - Gemeinsam haben wir mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank ein **Programm zur Gewährung von Liquiditätshilfen** auf den Weg gebracht.
 - Über eine neue Richtlinie werden wir zudem **innovative, alternative Antriebssysteme für mobile Maschinen** fördern.
 - Daneben begleitet die Bundesregierung aktiv die **angekündigten EU-Vorhaben**, wie den zeitweiligen Verzicht auf Zölle bei Düngerimporten aus Drittstaaten (ausgenommen Düngemittel aus Russland und Belarus) und die Erarbeitung eines Aktionsplans Düngemittel.
- Im Dezember 2025 haben wir die **Agrarexportstrategie** vorgestellt, um damit besser kaufkraftstarke Märkte zu erschließen. Dafür haben wir auch personell die Voraussetzungen bei uns im Ministerium geschaffen (Exportkoordinatorin und Chief Veterinary Officer – Export). Wir widmen uns der Öffnung und Wiederöffnung von Märkten, die beispielsweise aufgrund von Tierseuchen gesperrt wurden. Erste Erfolge gibt es bereits – zum Beispiel mit den USA, Kanada, China oder den Philippinen.
- Die **Ausweitung** der 70-Tage-Regelung **bei kurzfristiger Beschäftigung auf 90 Tage** beziehungsweise 15 Wochen hilft besonders Sonderkulturbetrieben.
- **Geografische Angaben bei Agrarerzeugnissen, Lebensmitteln, Wein und Spirituosen** werden nun besser geschützt und die Schutzverfahren optimiert. Für handwerkliche und industrielle Erzeugnisse ist erstmals eine Eintragung und damit ein unionsweiter Schutz möglich.
- Die **Bundesmittel zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung** wurden 2025 und auch 2026 um 20 Millionen Euro jährlich erhöht, um Belastungen aufgrund der Anerkennung von Parkinson als Berufskrankheit abzumildern.
- **Starke Frauen – starke Landwirtschaft:** Das BMLEH hat eine Fachkonferenz zum Internationalen Jahr der Frauen in der Landwirtschaft durchgeführt. Die weitere Stärkung der Teilhabe und ihrer Rolle in Führungspositionen ist zentraler Baustein unserer Politik.
- Wir setzen uns für eine **Schaffung einer steuerlichen Risikoausgleichsrücklage (FF Bundesfinanzministerium (BMF))** ein, um die Resilienz der landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken. Hierzu stehen wir im Austausch mit dem federführenden BMF.
- Die **Umsatzsteuerpauschalierung** stellt für unsere kleineren Betriebe eine wichtige Vereinfachung dar. Die geltende Methode ist fehlerhaft und realitätsfern. Wir brauchen eine tragfähige Lösung, die die realen Verhältnisse widerspiegelt. Auch hier sind wir im Austausch mit dem federführenden BMF.

Kulturgut Weidetierhaltung besser schützen und erhalten

- **Wolf im Bundesjagdgesetz - Aktives Bestandsmanagement zukünftig möglich:** Die Aufnahme des Wolfs ins Bundesjagdgesetz bringt Rechtssicherheit und klare, praktikable Regeln. Dort, wo Zäune und Herdenschutzhunde an ihre Grenzen kommen, kann nun zielgenau gehandelt werden.

Schluss mit unnötiger Bürokratie: Weniger Aufwand, mehr Zeit fürs Wesentliche

- Bürokratieabbau ist eine **Daueraufgabe**. Wir haben das **Bund-Länder-Begleitgremium Bürokratieabbau** auf Staatssekretärebene etabliert und intern wurde eine **Stabsstelle für Bürokratieabbau** geschaffen, die direkt dem Staatssekretär unterstellt ist.
- Wir haben **überflüssige Meldepflichten** abgeschafft, die z.B. das EU-Recht nicht mehr verlangt. Auch greifen wir in der Agrarstatistik **vermehrt auf vorliegende Daten** zurück, anstatt neue Daten zu erheben.
- Was die EU vorschreibt, setzen wir **grundsätzlich nur noch eins zu eins** um. Und wir pochen in Brüssel auf weitere Vereinfachungen, das heißt: Legislative Zurückhaltung der Europäischen Kommission, Fehlentwicklungen korrigieren und Überflüssiges streichen!
- Wir werden **Praxischecks** durchführen.
- Die **Stoffstrombilanz**-Pflicht haben wir abgeschafft. Höfe müssen seit Juli 2025 keine Stoffstrombilanz mehr erstellen. Das spart den Betrieben 18 Millionen Euro im Jahr.
- **EU-Entwaldungsverordnung (EUDR)**: Wir haben ein bürokratisches Monster auf EU-Ebene verhindert und konkrete Vereinfachungsvorschläge eingebracht. Der Start wurde verschoben, die Regeln vereinfacht und die Belastung der Betriebe deutlich reduziert. Globalen Waldschutz unterstützen wir, aber Regelungen müssen bei uns praxis- und realitätsnah sein.
- Wir haben die **nationale Umsetzung weiterer GAP-Vereinfachungen** mit spürbaren Erleichterungen für das laufende Jahr auf den Weg gebracht.
- Vereinfachungen bei **Meldepflichten im Weinbau** sind in Vorbereitung.
- Vereinfachung von **Melde- und Dokumentationspflichten in der Tierhaltung** ist ein Hebelprojekt des BMLEH bei der Modernisierungsagenda Bund.
- Auch werden wir im Sommer 2026 ein eigenes **Bürokratierückbaupaket** auf den Weg bringen.

Landwirtschaft als kritische Infrastruktur etablieren und Krisenvorsorge modernisieren

- Wir haben im Zuge der Re-Organisation des Hauses zum 1. März 2026 einen klaren Fokus auf die Fragen der **Resilienzsteigerung** gelegt. So wurden zwei Referate neu aufgestellt und verstärkt.
- Wir arbeiten an einem **Update der Krisen- und Notfallvorsorge** in Deutschland und an der Erweiterung der Notfallreserve um sofort verzehrbare Lebensmittel (z.B. Konserven).
- Die Erzeugung von Lebensmitteln in unserem Land ist ein aktiver Beitrag zur Vorbereitung auf Sicherheitslagen. **Landwirtschaft ist systemrelevant.**
- Um der geänderten Sicherheitslage gerecht zu werden, passen wir das **Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG)** an.

Ernten sichern

- Ernten sichern heißt auch, **praxistauglichen, wirksamen Pflanzenschutz** zu ermöglichen. Wir haben eine Projektgruppe zur „Neuausrichtung der Pflanzenschutzmittelzulassung“ im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eingerichtet. Sie zeigt Erfolg: Laufende Verfahren werden nun innerhalb der vorgesehenen 120 Tage abgeschlossen. Das BVL führt diesen Prozess konsequent fort.
- Wir schaffen bei Bekämpfung der **Schilf-Glasflügelzikade** mehr Flexibilität und haben praxisnahe Maßnahmen (z.B. Ausnahme-Regelungen - GLÖZ 6) auf den Weg gebracht.
- Für ein tragfähiges und praxistaugliches Düngerecht werden wir das **Düngegesetz** ändern. Wir wollen ein stärker am Verursacherprinzip orientiertes System für die Düngung unserer Äcker und Felder auf den Weg bringen – insbesondere in mit Nitrat belasteten Gebieten. Mit der vom Bundeskabinett beschlossenen Änderung des Düngegesetzes soll u.a. die Rechtsgrundlage für das dafür erforderliche Wirkungsmonitoring geschaffen werden.
- Auch werden wir die durch die **Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes** entstandene Rechtsunsicherheit im Düngerecht so schnell wie möglich beenden. Zudem haben wir uns mit den Ländern darauf verständigt, innerhalb einer hochrangigen Arbeitsgruppe ein Konzept zur Neuausrichtung des Düngerechts zu entwickeln.
- Zusammen mit den Ländern arbeiten wir an der Umsetzung des **EU-Weinpakets**. Geplant ist u. a. eine Aufnahme der Rodungsförderung in den GAP.

EU-Reformpläne zur GAP nach 2027 nachbessern – Planungssicherheit herstellen

- **GAP mit angemessenem Agrarbudget bürokratiearm und effizient ausgestalten:** Wir werden uns für ein den hohen Anforderungen entsprechendes GAP-Budget einsetzen. Die Landwirtschaft muss für ihre Leistungen für die Gesellschaft – Ernährungssicherheit, Umwelt- und Klimaleistungen - angemessen honoriert werden.
- **Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission sind verbesserungsfähig.** Es sind mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung der Maßnahmen notwendig. Die für die GAP maßgeblichen Vorschriften müssen in der GAP-Verordnung verankert und drastisch vereinfacht werden. Die GAP ist nicht einfach nur ein Förderinstrument, sie ist Stabilitätsanker, Standortfaktor und für viele Regionen Heimatgarantie.
- **Ländliche Entwicklung ist hierbei ein Wesenskern unseres Hauses.** Wir setzen uns weiterhin auf europäischer Ebene dafür ein, sie als eigenes Politikfeld in der europäischen Förderarchitektur zu verankern.

Gemeinsam für eine zukunftsfeste Tierhaltung

- Wir wollen die Rahmenbedingungen und das Umfeld so gestalten, dass Tierhaltung in Deutschland weiterhin erfolgreich möglich ist. Wir werden beim **Umbau der Tierhaltung** den Fokus auf Investitionen richten. Zum 1. September 2026 nimmt die GAK die Förderung für besonders tiergerechte Schweineställe wieder auf. Die Förderung schließt zeitlich nahtlos an das Bundesprogramm „Umbau der Tierhaltung“ an. **Genehmigungsrechtlichen Hürden** beim Stallbau wollen wir beseitigen. Daher werden wir einen **Praxischeck** durchführen.

- Mit dem vom Bundeskabinett Ende April beschlossenen Entwurf zur Novellierung des Tierschutzgesetzes wollen wir die **Videoüberwachung in Schlachthöfen** einführen. Ziel ist es, den Tierschutz weiter wirksam zu stärken und bestehende Kontrolllücken zu schließen. Die verpflichtende Videoüberwachung soll künftig dazu beitragen, tierschutzrelevante Vorgänge in Schlachtbetrieben transparenter zu machen und Verstöße konsequent abzustellen.
- Wir gestalten das **Tierhaltungskennzeichnungsgesetz** praxistauglicher – die Kennzeichnung muss ab Tag 1 funktionieren. Kerninhalte sind das vollumfängliche Downgrading und Ausweitung der verpflichtenden Kennzeichnung auf ausländische Lebensmittel und auf die Außer-Haus-Verpflegung. Der Anwendungsstart wurde dafür auf den 1. Januar 2027 verschoben.
- Der erste Schritt der **Anpassung des nationalen Tiergesundheitsrechts** zur Bekämpfung, Überwachung, Vorbeugung von Tierseuchen an das EU-Tiergesundheitsrecht und Erhöhung der Höchstsätze zur Entschädigung von Geflügel im Tierseuchenfall ist erfolgt. Der zweite Schritt zu **tiergesundheitsrechtlichen Melde- und Dokumentationspflichten** zur **Bürokratieentlastung** wird vorbereitet.
- Der Kampf für **Rehkitzrettung** zahlt sich aus: BMLEH fördert Drohnen mit Wärmebildtechnik mit etwa 2,8 Millionen Euro in 2025 und 2,1 Millionen Euro in 2026.

Waldschutz ist Zukunftsschutz

- Wir setzen die **Waldförderung** fort, treiben Verbesserungen beim Waldumbau voran, stärken das Vertrauen in Waldbewirtschaftende und stärken Holz als nachhaltiger Roh-stoff.

Zukunftsfähige Fischerei fördern

- Wir unterstützen mit einem **Förderprogramm in Höhe von 20 Millionen Euro** die zukunftsorientierte Anpassung der deutschen Fischereiflotte in der Nordsee.

Essen verbindet – ausgewogen und regional gut versorgt

- Wir werden einen **neuen ernährungspolitischen Fokus** setzen. **Ausgewogene Ernährung und Regionalität werden wir verstärkt gemeinsam betrachten** und so **auch Bezüge zum Thema Heimat herstellen**. Gerade auch in der Ernährungspolitik brauchen wir praktikable und umsetzbare Maßnahmen, die der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft gerecht werden.
- Wir werden **Lebensmittelverschwendung** auf allen Ebenen bekämpfen. Wir unterstützen bspw. das Engagement von Tafeln und Unternehmen, den Prozess für Großspenden aus der Lebensmittelindustrie zu vereinfachen.
- Die Praxistauglichkeit der **Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung** e. V. (DGE) für die Gemeinschaftsverpflegung sollen mit dem dreijährigen Projekt „Update DGE-Qualitätsstandards“ erhöht werden. Erstmals nehmen wir hier auch die besonderen Anforderungen von Kindern und Jugendlichen in den Blick.
- Wir haben gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag den Kontakt mit den **Kommunen** intensiviert und Unterstützungsangebote vorgestellt, die die Qualität in der Gemeinschaftsverpflegung steigern, den Bio-Anteil erhöhen und Lebensmittelverschwendung reduzieren.

- Das neu am Max Rubner-Institut etablierte **Nationale Ernährungsmonitoring** (nemo) hat Ergebnisse der ersten Online-Befragung mit Erwachsenen bereits veröffentlicht, die umfassende Verzehrerhebung erfolgt derzeit.

Heimat mit starken ländlichen Räumen: Regionale Vielfalt und Zusammenhalt vor Ort

- Gute **Heimatpolitik** ist ein Stabilitätsanker für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Impulsgeber für wirtschaftliche erfolgreiche Regionen. Heimatpolitik heißt zudem regionale Wirtschaft stärken. Wir wollen für gute Daseinsvorsorge und lebendige Gemeinschaften arbeiten.
- Mit der **Überführung der Heimatpolitik** in das BMLEH stärken wir den Politikbereich strukturell und inhaltlich.
- Unsere „**Heimat-Gespräche**“ als Dialog- und „Zuhör“-Format mit Bürgermeister*innen, Ehrenamtlichen, Betrieben sowie Bürger*innen und Bürgern werden wir auch in 2026 fortsetzen. **Weitere Dialogformate** sollen dazukommen.
- In diesem Jahr werden wir die „**Heimatagenda**“ und einen „**Heimatreport**“ vorstellen.
- Gesellschaftliches Engagement verdient mehr Sichtbarkeit und Stärkung. Deshalb haben wir den **"Bundespreis Heimatengagement"** initiiert. Erstmals soll er im Oktober 2026 vergeben werden.
- Wir haben die **GAK-Mittel** gesichert: 907 Millionen Euro jährlich 2025 und 2026 für Landwirtschaft, Ehrenamt, Dorfentwicklung.
- Im Förderbereich **Integrierte ländliche Entwicklung (ILE) der GAK** wurde die Möglichkeit bis zum 31. Dezember 2030 verlängert, finanzschwache Gemeinden mit einem höheren Fördersatz (max. 90 %) zu unterstützen.
- Uns ist es in den Verhandlungen zum **Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz** (LuKIFG) gelungen, dass die Länder aus dem Sondervermögen insbesondere GAK-Maßnahmen der ländlichen Infrastruktur und des Küsten- und Hochwasserschutz kofinanzieren können.
- Mit der Fördermaßnahme **"Land.Heimat.Innovativ"** stärken wir die ländlichen Regionen mit bis zu 300.000 Euro pro Projekt.
- Kurze Wege, Transparenz und Qualität: 14 Verbundprojekte im Rahmen des **BULEplus-Projekts "RegioKost"** sollen mit insgesamt ca. 4 Millionen Euro über drei Jahre gefördert werden. Dies wird die regionale Ernährung und unsere Heimat stärken.
- BULEplus-Programm **„Aller.Land-zusammen gestalten. Strukturen stärken“** – Der Bund fördert 30 regionale Kulturvorhaben von 2025 bis 2030 mit insgesamt **45 Millionen Euro**.
- **„Bio verarbeiten – Praxis-Netzwerk“** gestartet: 64 Bio-Handwerksbetrieben bieten Austausch und Vernetzungsformate für interessierte Unternehmen und Nachwuchskräfte an und geben Einblicke in ihre Arbeit für regionale Wertschöpfung.
- Wir stärken mit fünf **Interoperabilitätsprojekten** mit 2,1 Millionen Euro und acht Projekten aus dem Ideenwettbewerb **"Land.OpenData"** mit rund 530.000 Euro die digitale Zukunft ländlicher Kommunen.
- Wir wollen die **Hofnachfolge** attraktiver machen und junge Menschen für die Landwirtschaft gewinnen. Wir werden eine Strategie für den **Generationenwechsel** in der Landwirtschaft im Rahmen der GAP nach 2027 erarbeiten. Mit unserem Pilotprojekt **ACKERPRENEURS** fördern wir innovative Gründungen und außerfamiliäre Hofübernahmen.
- Mit dem 2025 beschlossenen **Biomassepaket** wird flexible Stromproduktion aus Biogas gefördert, die Wind- und Solarstrom ergänzt.

Deutschlands Interessen in der Welt

- Im Januar 2026 fand zum 18. Mal das **Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)** statt. Teil des GFFA ist die Berliner Agrarministerkonferenz; die größte informelle Agrarministerkonferenz weltweit und zugleich die größte Konferenz der Bundesregierung.
- Mit der Konferenz **Politik gegen Hunger** haben wir zum Ziel der Bunderegierung beigetragen, Menschenrechte zu stärken.
- Deutschland hat sich nach Auslaufen der Autonomen Maßnahmen gegenüber der **Ukraine** für das im Oktober 2026 aktualisierte vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen eingesetzt, um einen längerfristigen und verlässlichen Rechtsrahmen für den EU-Ukraine Handel zu schaffen.
- Wir untermauern unsere **Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union**.